

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 28/3 (2001)

DOI: 10.11588/fr.2001.3.46507

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

L'auteur évoque par ailleurs, pour la déplorer, la hantise française de se trouver des alliés dans la région. C'est ignorer la défiance et les atermoiements avec lesquels Paris cède aux demandes polonaises d'alliance et minimiser le rôle de la guerre polono-russe qui a servi de catalyseur aux politiques des États considérés. En ce sens, la Petite Entente répondait à l'intérêt britannique, et l'auteur souligne à juste titre qu'on avait pensé, que la politique de rapprochement opérée par Bénès avec la Yougoslavie et la Roumanie pouvait être une action entreprise contre la France. On doit ajouter qu'on l'avait, l'espace d'un moment, compris ainsi à Paris. On n'en lit qu'avec plus d'intérêt les développements sur l'ambiguïté de la politique étrangère, très personnelle, de Bénès et le jeu de balance qu'il pratiqua entre Paris et Londres (en cédant d'ailleurs à la tentation de s'en prévaloir!).

Car, les réserves sur l'omniprésent contexte faites, il s'agit d'une monographie utile du point de vue des courants de pensée dans la diplomatie britannique et ainsi que des données, retracées avec précision sur les relations bilatérales entre le gouvernement britannique et les gouvernements des États-successeurs, en particulier lorsqu'il s'agit des tentatives de redressement financier ou bancaire pour le compte d'États en faillite. Le chapitre concernant les accords de Locarno et l'attitude du gouvernement britannique face à la désaffection qui s'en suit pour son image dans la région est extrêmement utile pour juger de réactions similaires à la fin de la décennie suivante. Le détail des responsabilités respectives prises par les personnalités britanniques dans l'élaboration de la politique en fait un excellent exemple de l'élaboration des processus décisionnels.

Anne HOGENHUIS, Boulogne

Robert BOYCE (Hg.), *French Foreign and Defence Policy, 1918–1940. The decline and fall of a great power*, London (Routledge) 1998, 294 p. (Routledge Studies in Modern European History, 2).

In einer gelungenen Mischung von renommierten, für ihre Untersuchungen zum Thema bekannten Fachleuten und jüngeren Historikern wendet sich das Unternehmen dieses Bandes in seinen Leitgedanken zum einen gegen tradierte, oft nicht mehr hinreichend durchdachte Kritik an der französischen Sicherheits- und Außenpolitik zwischen dem Sieg von 1918 und der Niederlage von 1940 – nach wie vor eines der wesentlichen Probleme in der Geschichte internationaler Politik der ersten Jahrhunderthälfte –, insbesondere gegen ihre zu einseitige Betrachtung aus einzelnen Entscheidungskonstellationen heraus, also von außen und ohne hinreichende Berücksichtigung der inneren Zusammenhänge in der längerfristigen Entwicklung Frankreichs, zum anderen wendet es sich gegen eine ungeprüfte Hinnahme von Urteilen, die von einem Verfall der Macht, der Energie und geistigen Spannkraft zur Bewältigung großer Schwierigkeiten sprechen. Die verbindende Konzeption der thematisch und im Ansatz weitgestreuten Fallstudien betont demgemäß die französische Politik als eigenen Prozeß, betont die inneren und äußeren Bedingungen politischen Handelns, die Spielräume und Zwangslagen, das Maß an politischer Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und Gestaltungskraft. Das ist wissenschaftlich gut begründet, ja eine dringende Aufgabe. Sie wird im großen und ganzen kompetent und aufschlußreich gelöst: Die Verhältnisse und Entscheidungslagen waren für die französischen Politiker häufig sehr viel schwieriger, der Wille und die Fähigkeit, zu neuen angemessenen Lösungen zu kommen, stärker als im allgemeinen angenommen (wobei in Verteidigung der französischen Politik des Guten stellenweise zuviel getan wird). In einem nächsten Schritt wäre herauszuarbeiten, wie Frankreich als führende, allerdings auch überforderte Großmacht geradezu beispielhaft ist für eine auch sonst in jener Zeit zu beobachtende Kumulierung von Schwierigkeiten und widersprüchlichen Aufgaben als Folge eines enormen Strukturwandels internationaler Politik und ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen.

Nicht die Zielsetzung und Ergebnisse insgesamt, eher die Durchführung irritiert an einzelnen Stellen. Das Umfeld Frankreichs wirkt manchmal mehr als Stichwortgeber französischer Nöte und Befindlichkeiten, wie ein äußerer Raum der Bedrohung und des Unverständnisses, kaum als wechselseitiges Wirkungsverhältnis. Infolgedessen gerät etwa das Dilemma aus dem Blick, daß französische Lösungsstrategien für außenpolitische Probleme zeitweilig auf eine europäische Vormachtstellung Frankreichs hinausliefen (nur Denise ARTAUD [S. 89] spricht das einmal aus).

Im einzelnen: Aus eingehender Kenntnis erläutert STEVENSON, wie die Franzosen auf der Pariser Friedenskonferenz ihr Sicherheitsdilemma behandelten, indem er die ursprünglichen Ziele und ihre schrittweise Veränderung in den Verhandlungsphasen und unter Berücksichtigung der innenpolitischen Lage analysiert. So entsteht auch eine Würdigung des Pragmatismus Clemenceaus angesichts kaum vereinbarer Erfordernisse. Ausmaß und Grenzen französischer Kompromißbereitschaft werden, differenzierend und die oft berufene Vielschichtigkeit der Umstände und Entscheidungen wirklich offenlegend, in überzeugender Weise dargestellt. – BARIÉTY verbindet seine grundlegenden Forschungen über die Entwicklung vom schwerindustriellen Projekt im Versailler Vertrag bis zur Internationalen Rohstahlgemeinschaft 1926 mit einer vertieften Darstellung der französischen Sicherheitspolitik im Wandel von der gescheiterten Schwächung und Kontrolle des deutschen Potentials zur Alternative der Verständigung – sozusagen vom Machtkampf zum Locarno der Schwerindustrie. Eine hervorragende und aufschlußreiche wissenschaftliche Leistung, bei der jedoch die wirtschaftlichen Tatbestände und Ungleichgewichte zwischen Frankreich und Deutschland trotz dauernder Bezugnahme nicht wirklich analysiert und daher in bezug auf die Schwerindustrie – andere Branchen oder der Strukturwandel finden wenig Beachtung – umstandslos in fast zwangsläufige politische Konsequenzen umgemünzt werden. Das beginnt mit der für Frankreich unersetzlichen (was heißt das genau?) Ruhrkohle und endet in der konsternierenden Behauptung, daß wegen der demographischen Schwäche (niedrige Geburtenrate und die Bevölkerungsverluste im Kriege – ein Argument mit fast hypnotischer Kraft zur Erklärung allen Übels, so richtig es in klar umgrenzten konkreten Bezügen ist) die Knappheit an Konsumenten und Arbeitern zum »fundamental reason for France's decline between the wars« (S. 36) wurde. Das ist schon wirtschaftlich keineswegs zwingend. Außerdem waren die politischen Entscheidungen, vor allem zugunsten der schwerindustriellen und reparationspolitischen Kontrolle Deutschlands, nicht alternativlos, und selbst wenn, dann hat erst Poincarés politisches Versagen im September/Oktober 1923 an der Ruhr die Verbesserung der französischen Lage verdorben – nicht irgendeine demographisch-wirtschaftliche Zwangsläufigkeit der Politik. Im übrigen handelte selbst die übel beleumundete deutsche Schwerindustrie nicht bloß aus Machtstreben und trachtete nicht dauernd nach Kraftproben, wie Bariéty suggeriert (z. T. mit überholter Literatur [Anm. 57] als Beleg), sondern sie reagierte auch auf tiefgreifenden Strukturwandel (wo bleibt hier die Auseinandersetzung mit Gillingham?). Vage Andeutungen über Locarno als Initiative britischer und deutscher Diplomaten in Antwort auf eine krisenhafte politische und wirtschaftliche Lage (S. 42, 44) nehmen dem Schluß des ergebnisreichen Beitrags etwas von seiner klaren Aussagekraft.

KEIGER (Poincaré und die Ruhrkrise) beginnt mit einer instruktiven, konzisen Darlegung von Kabinettszusammensetzung, parlamentarischer Basis und ihren Verschiebungen, hebt in weiterführender Weise Poincarés Bemühungen um innenpolitische Geschlossenheit hervor, betont die inneren und äußeren Zwänge – alles habe sich gegen Poincarés Politik verschworen, daher deren Widersprüchlichkeit – und läßt uns fast mitleiden mit dem armen Ministerpräsidenten, der so in die Ecke gedrängt war, daß er, der nur ein klares Ziel, Reparationskohle zu sichern, gehabt habe (S. 60f.), schließlich zum Ruhreinmarsch gezwungen war, ihn aber so vorsichtig und zurückhaltend wie möglich in Szene setzte, schon um die Entente mit Großbritannien nicht zu gefährden und nicht einmal zu Deutschland alle Brücken abubrechen. Deutsche und Briten vor und der passive Widerstand nach dem Ein-

marsch seien für die Verschärfung der Lage verantwortlich (S. 59f.). Über die Entscheidungsphase September/Oktober 1923 geht Keiger – konsequenterweise? – erstaunlich kurz hinweg. Zweifel kommen auf – auch wenn es grundsätzlich angebracht ist, Poincarés Politik insgesamt zu betrachten und seine Erwägungen, seine Behutsamkeit und Kompromißbereitschaft stärker zu betonen als bisher. – BUSSIÈRE vertieft seine grundlegenden Forschungen über Frankreich, Belgien und Europa mit einer differenzierten Bewertung der nicht unproblematischen belgisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Kriegen und weist darauf hin, daß Belgien sich dem französischen Protektionismus und wirtschaftlichen Angliederungsbestreben zwar entzog, die europäischen Ordnungsversuche Frankreichs aber im eigenen Sinne aufgriff, allerdings seine Interessen und Vorstellungen erst in die Montan-Union einbringen konnte. Wichtig sind dabei die zusammenfassenden Bemerkungen über das Abgehen vom Gold 1936 und Van Zeelands Neubewertung europäischer Erfordernisse und Konzeptionen. Trotz fundierter Kritik an einzelnen französischen Maßnahmen kommt er zu dem Schluß, das Scheitern der wiederholten französischen Anstrengungen, die wirtschaftlichen Beziehungen Europas zu organisieren, bewiese nur »the limits of France's capacity for action« (S. 86). Wären aber nicht, insbesondere bis Anfang der 1930er Jahre, die Mängel in den europäischen Konzeptionen der französischen Regierung und ihrer Vorgehensweise und nicht nur ihre Zwangslagen genauer unter die Lupe zu nehmen?

Ausgehend von den Kosten des Krieges gibt ARTAUD einen klaren, konzentrierten und eigenständigen Überblick über Reparationen und interalliierte (Kriegs-)Schulden bis 1929. Sie betont in überzeugender Argumentation, daß Frankreich bis dahin mit dem Young-Plan als Krönung doch einiges, vor allem eine international starke finanzielle und finanzpolitische Position erreicht habe. Das Hauptproblem seien nicht die Reparationen, sondern die Kriegsschulden und die steigende Nachkriegverschuldung gewesen. Damit umreißt sie zugleich treffend die Rolle der USA und die Bedeutung des Wendepunktes von 1922 in der Schulden- und Reparationspolitik, die gekennzeichnet war von den konfliktreichen Wechselwirkungen des Verhältnisses zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, und arbeitet eindrucksvoll die Verteilung der Lasten und Zahlungen, die von den USA nie akzeptierte, im Hinblick auf die Wahrung der Zahlungsfähigkeit grundlegende Verknüpfung von Schulden und Reparationen und die unumgänglichen Zugeständnisse an Deutschland bei den Reparationsforderungen als untrennbare Problemverflechtung heraus.

BOYCE trifft eine – analytisch weitreichende – Entscheidung mit der Periodisierung seines Themas, den Grenzen der französischen ökonomischen Diplomatie 1926 bis 1933, indem er diese Phase als wirtschaftlich und finanziell für Frankreich günstig (im Unterschied zu 1919–1926 und 1933–1938) herausarbeitet. Die französische Regierung habe sie jedoch in Abwägung der Vor- und Nachteile nicht zum entschiedenen politischen Einsatz finanzieller – weniger wirtschaftlicher – Stärke nutzen können, wenn sie vermeiden wollte, sich zu isolieren. Dies wird im einzelnen kenntnisreich entwickelt (zu kurz kommt vielleicht der auch ohne kalkulierte Maßnahmen wirksame finanzielle Einfluß) und mit der Politik der FrancStabilisierung sowie, in einem beachtenswerten neuen Ansatz, auch mit der Handelsdiplomatie verbunden, vor allem seit der 1925 von Loucheur vorgeschlagenen Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds und ihren Folgeverhandlungen. Französische, insbesondere auch Briands Innovationskraft, bei europäischen Regelungen, Ordnungen und – als deren Ausgangspunkt – mehrseitigen Vereinbarungen angesichts des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, der Gefahr handelspolitischer Zersplitterung und Abschließung und der rücksichtslosen Handelspolitik der USA findet zu Recht Anerkennung. Bei näherem Hinsehen erscheint einiges allerdings der Erläuterung bedürftig, vor allem wie Boyce diesen Abschnitt einseitig auf Frankreichs Errungenschaften zuspitzt, die französische Regierung geradezu zum Verfechter liberalen Handels und der Meistbegünstigung wird und es ihm gelingt, die deutsche Politik, die hieran maßgebenden Anteil hatte, völlig beiseite zu lassen.

ULRICH (René Massigli und Deutschland 1919–1938) bringt einen neuen Aspekt in die Erörterung, indem sie die Bedeutung eines langjährigen leitenden Beamten für eine französische Politik untersucht, die Deutschland nicht isoliert behandelte, sondern im europäischen Kontext, und besonderes Gewicht legte auf ein demokratisches Deutschland. Ein Kabinetstück ist GUILLENS knappe Studie der unstillen französisch-italienischen Beziehungen von 1918 bis 1940 und ihrer Voraussetzungen, ihrer Vielschichtigkeit und gelegentlichen Widersprüche, ihrer Abhängigkeit von der internationalen Lage und innenpolitischen Entwicklungen in kritischer Beleuchtung auch der Fehleinschätzungen (insbesondere des deutsch-italienischen Verhältnisses). – ALEXANDER gelingt es, die Politik der Maginot-Linie ihren klischeehaften Bewertungen zu entziehen und zu zeigen, daß sie politisch wie militärisch sinnvoll war, gerade angesichts der Notwendigkeit innenpolitischer Konsensbildung bei begrenztem, Schwerpunkte erforderndem Budget. – Ein Beispiel moderner Bedeutung der Außendarstellung in der internationalen Politik zeigt YOUNG mit seiner interessanten Untersuchung französischer Propaganda in den USA während der 1930er Jahre und ihrer Wirkung auf das französisch-amerikanische Verhältnis. – Die drei letzten Beiträge über die Krisenjahre 1938 bis 1940 sind instruktiv und weiterführend, dabei niemals unkritisch, und verdienen besonderes Interesse. Souverän und subtil in der Rekonstruktion der Optionen, der Entwicklungsstadien, der entscheidenden internen Meinungsverschiedenheiten zwischen Daladier und Bonnet und der Bedeutung der eigenmächtigen britischen Entschlüsse: LACAZE über Daladier, Bonnet und den Entscheidungsprozeß in der München-Krise 1938. Einen neuen wichtigen Faktor bewertet JACKSON mit der Bedeutung nachrichtendienstlicher Information am Ende des Appeasement. Und schließlich, die neuen Forschungsergebnisse von innerem Wiederaufschwung und wiedererwachender Widerstandskraft in Frankreich aufnehmend und in einer scharfsinnigen Analyse der Situation vor der deutschen Offensive 1940 in gewissem Umfang relativierend, vertieft IMLAH unsere Kenntnisse über Frankreich und die Phase des »phoney war« 1939/40. Die in diesem Band durchgehend beachtete Wechselbeziehung zwischen Innen- und Außenpolitik wird dabei noch einmal überzeugend vorgeführt.

Insgesamt liegt damit ein wichtiges, fundierte Diskussion ermöglichendes Buch vor.

Peter KRÜGER, Marburg

Rolande DEPOORTERE, *La question des réparations allemandes dans la politique étrangère de la Belgique après la Première Guerre mondiale 1919–1925*, Bruxelles (Depoortere) 1997, 440 p.

Nur wenige Ereignisse des Ersten Weltkrieges haben die Zeitgenossen und die Nachwelt so stark beschäftigt wie die Invasion deutscher Truppen in Belgien, dessen Neutralität und Integrität die Großmächte in den Verträgen von 1831 und 1839 garantiert hatten. Die Folge war, daß Belgien in die Reihe der kriegführenden Mächte gedrängt wurde, ohne jedoch ein Alliiertes im rechtlichen Sinne zu werden. König und Exilregierung zogen es vielmehr vor, ihrem Land einen Sonderstatus zu erhalten, von dem sie sich eine moralische und materielle Wiedergutmachung nach Kriegsende erwarteten. Mit dieser Blickrichtung nahm Belgien an der Pariser Friedenskonferenz von 1919 teil. Die Versuche des kleinen Landes damals und in der Folgezeit, seine Interessen im Mit-, Neben- und Gegeneinander der Alliierten und der assoziierten Mächte zu behaupten, sind das komplexe Thema der hier anzuzeigenden Studie.

Dem Benutzer wird eine gleichermaßen gründliche wie material- und detailreiche Zusammenschau geboten, die sich auf amerikanische, belgische, britische, deutsche, französische und (zu einem kleinen Teil) auf italienische Quellen stützt. Von besonderem Gewinn für die Darstellung war der bis in die siebziger Jahre gesperrte Aktenbestand der belgischen Dele-